Positionspapier

Fraktion Die Linke im Bundestag

AK IV, Beschluss vom 3. September 2026

Ausstieg aus dem Wettrüsten: Friedensfähig statt kriegstüchtig werden!

Ausgangslage

Nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine verkündete der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine militärische „Zeitenwende“[1]: Die bereits seit 2014 – dem Jahr der Krim-Annexion durch Russland – steigenden Militärausgaben sollten nochmals deutlich ansteigen[2]. Zudem wurde der Bundeswehr ein 100 Mrd. Euro umfassendes „Sondervermögen“ zugesprochen, welches bis 2027 verbraucht sein soll. Doch auch danach werden die Militärausgaben nach Plänen der Bundesregierung nicht sinken. Kurz vor der Konstituierung des neuen Bundestages 2025 wurde ein Infrastrukturpaket auf den Weg gebracht, dass für Verteidigungsausgaben das Aussetzen der Schuldenbremse vorsah. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will die Bundeswehr bis 2029 „kriegstüchtig“ machen.[3] Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) will die Bundeswehr bis 2039 zur stärksten konventionellen Armee Europas ausbauen.[4] Am 29. April 2026 stellte Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) den „Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030“ vor, in dem die Aufrüstung in konkrete Zahlen gegossen wurde.[5] Die Regierung will den seit 2025 von der NATO geforderten Militärausgaben von mindestens fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts nahekommen. Unter dem Titel „ReArm Europe“ bzw. „Readiness 2030“ wollen alle EU-Staaten in den nächsten Jahren mindestens 800 Milliarden Euro für das Militär ausgeben – dafür stellt die EU sogar Darlehen zur Verfügung.[6]

1 Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers am 27.2.2022

2 Militärausgaben von Deutschland bis 2025| Statista

3 Deutscher Bundestag - Boris Pistorius: Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein

4 Bundeswehr: Wie Frankreich und Polen auf Deutschlands Aufrüstung blicken - Politik - SZ.de

5 Finanzplans-des-Bundes-2026-bis-2030

6 Zukunft der Europäischen Verteidigung - Europäische Kommission

Die deutsche Aufrüstung ist dabei Teil eines globalen – auch von der NATO forcierten – Trends: 2025 erreichten die weltweiten Militärausgaben mit rund 2,89 Billionen US-Dollar einen Rekordwert.[7] Haupttreiber war Europa: Die Ausgaben der europäischen Staaten stiegen um 14 Prozent, bei den europäischen NATO-Mitgliedern so stark wie seit 1953 nicht mehr. Deutschland liegt aktuell auf Platz vier der Rüstungsausgaben. Die „Zeitenwende" reagiert also nicht nur auf ein Wettrüsten, sie treibt es aktiv mit an.

Zugleich wurde die internationale Rüstungskontrolle weitgehend eingestellt. Mit dem New-START-Vertrag lief am 5. Februar 2026 das letzte Abkommen aus, welches die strategischen Atomwaffen der USA und Russlands begrenzte. Zuvor war bereits der INF-Vertrag, der ABM-Vertrag, der Open-Skies-Vertrag und der KSE-Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa beendet worden.

Auswirkungen auf den Bundeshaushalt

Für 2026 sind Militärausgaben (v.a. im Verteidigungshaushalt, aber auch in weiteren militärrelevante Posten nach NATO-Kriterien) von 100,1 Mrd. Euro plus 25,5 Mrd. aus dem Sondervermögen der Bundeswehr vorgesehen (2021 beliefen sich die Ausgaben nach NATO-Kriterien noch auf 52,4 Mrd. Euro). Am stärksten steigen sollen dabei 2026 die Ausgaben für Beschaffung: Konkret sollen 47,88 Milliarden Euro für neues Militärmaterial ausgegeben werden. Damit geht die Beschaffung weit über der reinen Erhaltung/das Ersetzen alten Materials hinaus: Es wird massiv aufgerüstet!

Mit den nun beschlossenen Eckwerten wird für 2027 mit Militärausgaben von 125 Mrd. Euro gerechnet. Aus dem Sondervermögen, das danach aufgebraucht sein wird, sollen nochmal zusätzliche 27,5 Mrd. Euro hinzukommen. Damit liegen die 2027er-Zahlen noch einmal um satte 16,9 Mrd. Euro über dem bisher gültigen „Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029" vom September 2025.

Und so soll es auch die folgenden Jahre weitergehen: Für 2028 sind 167 Mrd. Euro vorgesehen (zuvor 152 Mrd. Euro) und für 2029 wird nun mit 176 Mrd. Euro geplant (zuvor 168 Mrd. Euro). Für das bisher noch nicht in die Planungen mit einbezogene Jahr 2030 wird mit 196,4 Mrd. Euro noch einmal eine deutliche Erhöhung anvisiert: Davon entfallen 179,8 Mrd. Euro auf den Bereich „Verteidigung", und nur 2,8 Mrd. auf „Zivil- und Bevölkerungsschutz".

Der Anstieg der Militärausgaben frisst damit fast die gesamte geplante Erhöhung des Bundeshaushaltes von 524,5 Mrd. Euro (2026) auf 625,1 Mrd. Euro (2030) auf. Während in fast allen anderen Haushaltsposten gespart wird, würden sich die Militärausgaben 2030 auf 31,4 Prozent des gesamten Haushaltes belaufen. Da dies kaum zu stemmen ist, sind das einzige, was ebenso schnell steigt wie die Militärausgaben, die daraus resultierenden Schulden.

7 https://www.zdfheute.de/politik/sipri-bericht-2025-militaerausgaben-weltweit-100.html



Bereits im März 2025 haben Union, SPD und Grüne – noch vor der schwarz-roten-Regierungsbildung – die Schuldenbremse im Grundgesetz für Militärausgaben über einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausgenommen. Allein von 2026 bis 2030 werden sich die durch das Militär verursachten Schulden laut Finanzplan auf 534,5 Mrd. Euro summieren. Die Zinszahlungen werden im selben Zeitraum dementsprechend von 30,3 Mrd. Euro (2026) auf 78,7 Mrd. Euro (2030) steigen. Allein dies wird 2030 (bei gleichbleibenden Zinsen) rund 12,5 Prozent des Haushalts verschlingen und künftige Spielräume massiv einschränken. Die Schuldenquote, das heißt der Schuldenstand im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, könnte wegen der geplanten, hohen Ausgaben für Militär von 63,5 Prozent 2025 auf 90 Prozent im Jahr 2040 steigen.[8]

Herausforderungen

Über die **ökonomischen Folgen** der Aufrüstungspolitik gibt es Uneinigkeit: Während einige kapitalnahe Expert*innen auf ein „olivgrünes Wirtschaftswunder“ hoffen[9], belegen bspw. die Ökonomen Tom Krebs und Patrick Kaczmarczyk in ihrer 2025 an der Universität Mannheim veröffentlichten Studie „Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland“:

„Der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben dürfte in Deutschland höchstens bei 0,5 liegen, mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt er sogar weit darunter. […] Investitionen in die öffentliche Infrastruktur oder soziale Dienstleistungen wie Kitas und Ganztagsschulen weisen dagegen Multiplikatoren zwischen 2 und 3 auf, also vier- bis sechsmal höhere Produktionseffekte pro eingesetztem Euro. […] Jeder Euro, der in Panzer, Flugzeuge und Munition investiert wird, fehlt an anderer Stelle, etwa bei der Modernisierung von Strom- und Bahnnetzen, beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei der Förderung grüner Technologien oder bei der Qualifikation von Fachkräften.“[10]

8 https://www.zdfheute.de/politik/sipri-bericht-2025-militaerausgaben-weltweit-100.html

9 Verteidigungspolitik: Es kann ein olivgrünes Wirtschaftswunder geben

10 Studie_militaer_final-1.pdf

Trotz des umfangreichen „Militär-Keynesianismus“[11] ist das BIP in Deutschland seit 2022 geschrumpft – nach der Rezession der vergangenen Jahre kommt die Wirtschaft trotz der staatlichen Investitionen nicht in Schwung.[12]

Die sozialen Folgen der teuren Aufrüstung werden drastisch sein. Zwar sollen laut dem „Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030“ auch die Ausgaben des „Bundesministeriums für Arbeit und Soziales“ von 197,3 auf 233,5 Mrd. Euro steigen – die Militärausgaben werden in dieser Zeit aber mehr als verdoppelt. Zudem will der Bund in den Ressorts „Gesundheit“, „Forschung“ sowie „Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ kürzen. Aufgrund der klammen Kassen der Länder und Kommunen wird es de facto zu massiven Kürzungen im sozialen Bereich kommen. So kündigte es Friedrich Merz auch immer Sommer 2025 an: „Ich werde mich durch Worte wie Sozialabbau und Kahlschlag und was da alles kommt, nicht irritieren lassen. […] Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“[13]

Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten derselben Medaille. Wo Milliarden zusätzlich für Waffen bereitgestellt werden, wächst der Druck auf soziale Sicherungssysteme, öffentliche Infrastruktur und kommunale Haushalte. Die Folge sind soziale Verteilungskämpfe. Eine Politik, die Kriegstüchtigkeit über soziale Sicherheit stellt, gefährdet deshalb nicht nur den Frieden nach außen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt im Inneren, das sollte sich auch bei den Sozialprotesten widerspiegeln.

Darüber hinaus hat die Aufrüstungspolitik **Folgen für viele weitere Bereiche:** Nicht nur stehen die Militärausgaben in Konkurrenz zu denen für den Umwelt- und Klimaschutz, Militär ist auch selbst Klimakiller.[14] Ebenfalls zu Lasten der jungen Generationen geht die Finanzierung der Militärausgaben: Neben verfügbaren Bundesmitteln besteht diese vor allem aus Schulden, für die auch Zinszahlungen anfallen und die irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Auch werden durch die hohen Rüstungsausgaben Verteilungskämpfe innerhalb der Gesellschaft absehbar zunehmen: Einsparungen im sozialen Bereich oder bei Infrastruktur können die Zustimmung zu extrem rechten politischen Einstellungen begünstigen.[15]

11 Stellungnahme Prof. Dr. Tom Krebs

12 Wirtschaftswachstum Deutschland - Veränderung des BIP bis 2025| Statista

13 Merz will harte Debatte über Reform des Sozialstaats führen | tagesschau.de

14 Emissionen des Militärs: Aufrüstung treibt Klimakrise an | taz.de

15 Ungleichheit nährt den Rechtspopulismus - Hans-Böckler-Stiftung

Strategie der Bundestagsfraktion Die Linke

Die Linke wird ihrer historisch gewachsenen Verantwortung einer Friedenspartei nicht gerecht, wenn sie bei reiner Kritik an den hohen Ausgaben für militärische Aufrüstung bleibt. Dem Bedrohungsgefühl in Teilen der Bevölkerung gilt es mit friedenspolitischen Alternativvorschlägen und der Bekämpfung jeglichen Nationalismus zu begegnen, der die Welt mehrfach in Krieg und Zerstörung geführt hat.

- **Weg vom militärischen Denken:** Wir müssen das Völkerrecht stärken, brauchen mehr Diplomatie und auch Konzepte für ein friedliches Europa. Statt Milliarden Euro ins Militär zu pumpen, sollte Geld in die zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention fließen. Jeder Euro, Dollar oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt bei der Bekämpfung menschheitsbedrohender Sicherheitsprobleme wie der Klimakatastrophe, Pandemien oder der steigenden Armut – das muss sich ändern!

- **Mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle:** Wir müssen das Wettrüsten beenden. Statt internationle Kontakte abzubrechen, braucht es mehr Verhandlungen. Verlorene Verträge müssen neu aufgelegt und vorhandene, wie der UN-Atomwaffenverbotsvertrag, endlich unterschrieben werden. Dabei muss die Rüstungskontrolle zwingend auch neue militärische Technologie erfassen, insbesondere den Einsatz von KI und autonomen Funktionen in Waffensystemen.

- **Friedenspolitik voranbringen:** Die Nato-Staaten sind Russland selbst ohne die USA militärisch weit überlegen.[16] Die Behauptung, zusätzliche Aufrüstung sei für Verteidigung nötig, ist falsch. Die europäische Geschichte hat mehrmals bewiesen, wie kurz der Irrweg von der Forderung nach Aufrüstung zur Forderung nach dem Einsatz der Waffen ist. Die Linke setzt sich ein für Friedensverhandlungen, Diplomatie und Entspannungspolitik, statt Wettrüsten.

16 Vgl. Greenpeace-Studie „Europa allein zu Haus?“